

Wie ist es um die Menschenrechte 'illegaler' Migranten in Nürnberg bestellt?

Abendveranstaltung im Caritas Pirckheimer Haus, 6.12.2010

Begriffe und Zahlen

Die Idee zur heutigen Veranstaltung entstand erstmals im letzten Wintersemester, als eine Studentin der EFH zu mir kam und Tipps für ihre Abschlussarbeit wollte, die sie über einen ihr bekannten afrikanischen 'Illegalen' in Nürnberg geschrieben hat. Ach, dachte ich, die gibt's hier also auch?! Und wenn man einmal zehn Jahre zu diesem Thema geforscht und Lobbyarbeit gemacht und fünf Bücher dazu veröffentlicht hat, dann ist es verständlich, dass der Köder sitzt. Hinzu kam, dass ich Staatssekretär Stadler und Prof. Bielefeldt aus meiner früheren Arbeit kannte, und dass CPH und KHG beide dasselbe Halbjahresthema gewählt hatten und Nürnberg die Stadt der Menschenrechte ist: Damit standen die Grundzüge der heutigen Veranstaltung, vier Tage vor dem Tag der Menschenrechte, schon fest. Natürlich habe ich auch versucht, die Veranstaltung mit Vertretern der Staatsregierung, der Ausländerbehörde, der Polizei und der bayerischen Mehrheitspartei abgerundet, aber ich habe mir trotz allem Charme und aller Hartnäckigkeit (und vor allem letztere ist bei mir berüchtigt) nur Körbe eingefangen. Die letzte Absage eines CSU Politikers kam heute früh.

Umso mehr freue ich mich über jeden einzelnen, der trotz des Wetters hierhergekommen ist und hoffentlich wagt, etwas zur Diskussion dieses immer noch brisanten und belastenden Themas beizutragen.

Wir sprechen heute Abend über Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Duldung. Gewöhnlich werden sie als 'Illegale' bezeichnet, was natürlich ein Unwort ist und zu Recht ringt die deutsche Sprache um alternative Bezeichnungen wie "Sans Papiers", "Illegalisierte" oder "Schattenmenschen". Ich verwende dennoch seit über 15 Jahre das etablierte Wort, damit klar ist, über wen wir sprechen. Und ich will gerade auf diese Weise das Entsetzen, Unwohlsein und den Skandal provozieren – denn in der Tat sprechen wir von Menschen wie Dir und mir: Jeder, der sich die Geschichten dieser Menschen anhört, fragt sich sehr schnell: "Wie würde ich in dieser Situation handeln!"

Sicherlich: Die Anzahl an 'Illegalen' in Deutschland hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Das hat verschiedene Gründe:

- Rückwanderung wegen guter wirtschaftlicher Entwicklung des Herkunftslands (z.B. Ukraine, hier jedoch seit der Weltfinanzkrise wieder deutliche Verschlechterungen)
- Viele Länder, deren Bürger 2003 noch 'illegal' waren, sind inzwischen EU Mitglieder. Dadurch haben sich aufenthaltsrechtliche Probleme weitgehend erübrigt, wenngleich Probleme der Schwarzarbeit und bei der Versicherung weiterbestehen.
- Neue Visabestimmungen Lateinamerikaner, die nach Spanien reisen wollen
- Verschärfte Kontrollen an den EU Außengrenzen, mit immer längeren und gefährlicheren Einreisevarianten, damit zusammenhängend:
- Stark erhöhte Kosten für die unerlaubte Einreise.

Und trotzdem kommen sie weiterhin auf Wegen, die ich als "Embedded Migration" bezeichne:¹ Da der Übertritt über die grüne und blaue Grenze immer schwerer wird ist der erfolgversprechendste Trick das Eintauchen und Verstecken in den legalen Reisebewegungen über die Grenze, konkret mit gut gefälschten oder echten Papieren auf fiktive Identitäten. Wer hier etwas hat, was an Landübergängen der Augenscheinkontrolle stand hält, ohne einen Anfangsverdacht zu erregen, hat gute Chancen, dass es nicht zu einer Computerüberprüfung kommt, die, was bestimmte Staaten auf der Welt betrifft, allerdings auch nicht viel helfen würde, da dort gegen Geld alles und jeder käuflich ist.

Wenn man in Nürnberg herumgeht und nach ihnen fragt heißt es zunächst: "Nöö, Illegale gibt's bei uns nich". Dabei wird aber in aller Regel an komplett papierlose Arbeitsmigranten gedacht, die nur innerhalb ihrer privaten und ethnischen Netzwerke hin- und herwandern, ohne dass sie in der Gastgesellschaft auffallen.

Erst wenn man anfängt die möglichen Kategorien oder Illegalitätskarrieren aufzuzeigen, dann geht ein Blick des "Ach so!" über das Gesicht, und "Die fallen da auch drunter!", und zwar:

- Einreisende mit ganz legalen Besucher- und Touristenvisum, die aber gegen Auflagen verstoßen,
- Einreise mit gefälschten Pässen,
- Mogeln bei der Familienzusammenführung und Heirat,
- Einreise mit echtem Pass auf falsche Identität

→ die drei vorgenannten Gruppen nenne ich "Scheinlegale",

- Abtauchen aus Asylverfahren/Rausfallen aus geduldetem Status
- Die große Kategorie des "Verzogen nach Unbekannt" oder "Unbekannter Aufenthalt"
- Verschwinden von Student oder AuPair am Ende der Aufenthaltsbewilligung.

Ergo: ich gehe davon aus, dass es trotz alledem in Nürnberg einige tausend 'illegale' Menschen gibt. Bevor ich dazu näheres sagen werde, darf ich unsere Referenten zunächst um ihren Beitrag und ihre Sicht der Dinge geben.

¹ Alt, J.: Illegale Migration: Von der Grünen und Blauen Grenze zur Embedded Migration. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 2004/24. Jahrgang, Heft 9, S. 310-315

Was lässt sich über 'Illegale' in Nürnberg sowie deren Situation im Bereich sozialer Grund- und Menschenrechte sagen?

Zunächst: Ich habe während meiner Mini-Recherche (zumindest nicht wissentlich) mit keinem einzigen 'Illegalen' direkt gesprochen – dazu hätte ich mehr Zeit für den Vertrauensaufbau benötigt, als mir zur Verfügung stand. Angesetzt habe ich bei Kontaktpersonen, ethnischen Communities und Experten, bei all jenen also, die meine Arbeit von früher her kannten und wo ich auf Anfangsvertrauen setzen konnte.

Ich habe ca. 50 Gespräche und Telefonate geführt und dabei von ca. 30 Fällen erfahren aus Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Mazedonien, der Türkei, den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, dem Irak, aus Kambodscha, China, Vietnam, den Philippinen, Ruanda, Sudan, Somalia, Nigeria, Kuba und Kolumbien. All dies rechtfertigt keine repräsentativen Aussagen. Es ist eine zufällige Stichprobe und keine Zufallsstichprobe. Denn: hätte ich mit anderen Personen gesprochen, wäre ich an andere weiterverwiesen worden, hätte ich ein völlig anderes Bild gewonnen.

Ein Beispiel, wie relativ das alles sein kann: Am Anfang hörte ich "Für Afrikaner ist Nürnberg ganz schlimm, da man kaum untertauchen kann – zu klein, zu viele hellhäutige Menschen." Gegen Ende stellte ich fest, dass auch zu Afrika eine große Bandbreite an Fällen gefunden werden kann. Kontrollen sind kein Problem, weil natürlich auch der Polizei klar ist, dass Nürnberg viele Studierende aus Afrika hat und deshalb jede/R erstmal respektiert wird, der sich anständig aufführt. Man will ja den Ruf Nürnbergs als Studienstandort nicht belasten. Und wo liegt nun die Wahrheit zwischen beiden Aussagen? Irgendwo in der Mitte.

Die Wohnsituation in Nürnberg ist, was Auswahl und Preise betrifft, auch für 'Illegale' besser als in München, Arbeit finden sie, wie überall in Deutschland, in Privathaushalten, der Landwirtschaft, Restaurants/ethnischer Lebensmittelbereich, und im Baugewerbe. Viele arbeiten auch im Bereich der exotischen Prostitution, d.h. dort, wo Kunden es gerne mal mit (jungen) AfrikanerInnen oder AsiatInnen treiben möchten. Das ist sowohl gewerblich organisiert als auch in Kleingruppen in Wohnzimmerbordellen, ode individuell per Handy als Callboy oder Callgirl.

Gerade hier fließt viel Geld, wobei den meisten Migranten wenig davon verbleibt: Viel davon geht auf die Lebenshaltungskosten drauf, aber auch per Überweisungen an die Familien im Herkunftsland oder Zahlungen 'Reisedienstleister' und Schleuser, bei denen man sich für die Einreise verschuldet hat. Ich habe von Kosten zwischen 50-60 000 Dollar für eine illegale Fernmigration mit gut gefälschten Papieren/echten Papiere auf fiktive Identitäten erfahren; ein unglaublicher Betrag, den Familien i.d.R. nicht aufbringen können. Aber auch in den näher an der EU gelegenen Ländern sind die Kosten explodiert, seit ich mich das letzte Mal intensiv mit dem Thema beschäftigt habe: Waren im Jahr 2004/2005 scheinbar legale polnische Papiere auf fiktive Identitäten noch für 800 Euro zu haben, schwankt der Preis aktuell zwischen 8000 und 11000 Euro – je nach Händler, Leistungsmerkmalen und Qualität.

Man ist also auf Geldverleiher angewiesen, die oft mit kommerziellen und kriminellen 'Reisedienstleistern' zusammenarbeiten oder gleich Teil von entsprechenden Organisationen sind. In diesem Fall sind hohe Zinsen, oft im zweistelligen Bereich, fällig. Fällt man in die

Hände kommerzieller 'Reiseunternehmer', kann man schrittweise in Schuldknechtschaft geraten. Fällt man in den Händen krimineller Organisationen (eine Unterscheidung, die unerfahrene Migranten vor Migrationsbeginn kaum treffen können), sorgen diese von Anfang an dafür, dass sich der Betreffende nie wieder aus der Abhängigkeit 'herausarbeiten' kann.²

Nun einige Ausführungen zu der Lage bei sozialen Rechten. Ich muss leider zunächst zugeben, dass ich keinen einzigen Praxisvertreter gewinnen konnte, heute Abend ein Statement zu geben. Unsicherheit und Angst waren dafür bestimmend, sich nicht als jemand outen zu wollen, der in der Szene kenntnisreich ist. Was ich getan habe, um ihnen heute authentisches und geprüftes Material vortragen zu können, war, dass ich entsprechende Abschnitte dieses Statements meinen Gesprächspartnern zum Kommentieren und Ergänzen gab, sodass es sich im Folgenden gewissermaßen um geprüfte und freigegebene Materialien handelt. Dabei gingen Anschaulichkeit und Details verloren, aber: Eine Reihe von Personen haben mir davon abgeraten, bestimmte Arrangements zu nennen, da es Möglichkeiten verbauen könnte, die derzeit zur Hilfeleistung angewendet werden. Dies war insofern ein Tiefschlag für mich, weil ich diese Veranstaltung ursprünglich ja ausdrücklich als Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praktikern konzipiert hatte, und weil ich dachte, dass die Situation heutzutage nach allen erfolgten rechtlichen Verbesserungen entkrampfter und konstruktiver sei, aber da habe ich mich wohl getäuscht. Auf jeden Fall ist diese immer noch große Besetztheit des Themas mit Angst und Misstrauen auch schon ein wichtiges Ergebnis des heutigen Abends.

Medizinische Versorgung

Zunächst ist festzuhalten, dass auch für Nürnberg gilt: 'Illegale' sind insgesamt wenig auffällig, weil die meisten von ihnen ja (noch) gesund und kräftig sind. Auch gibt es eine Reihe von Krankheiten, die man 'unter sich' behandelt, sei es, dass man von zu Hause als Arzt oder Apotheker Grundkenntnisse für die Behandlung untereinander mitbringt oder weil man's mit Hausmittelchen versucht, die man sich z.T. ja von zu Hause schicken lässt.

Generelle Behandlung

Als nächstes ist zu bedenken, dass Nürnberg einen recht hohen Bestand an nichtdeutscher Bevölkerung hat,³ entsprechend ist die Gesundheitsversorgung der allermeisten 'Illegalen' in den allermeisten Fällen über ethnische Netzwerke und deren Schnittstellen zur deutschen Gesellschaft gelöst. Man kennt jemand, der jemand kennt, der einen zum Arzt vermittelt. Gezahlt wird entweder bar oder mit geliehenen, gestohlenen oder gekauften Chipkarten. Auch in Nürnberg kam es vor, dass jemand mit Gallenproblemen behandelt werden wollte, obwohl die Galle nach der Patientenakte schon längst herausoperiert war.

² Für eine ausführliche Diskussion der Unterschiede dieser 'Geschäftsmodelle' und ihrer Hintergründe siehe Alt, J. (2003) *Leben in der Schattenwelt*, Karlsruhe, Teil VI.3 (Migrationsermöglichende Faktoren), z.B. Zur Funktion von Schleusern S. 301ff. Ebenso Alt, J. (2009) *Globalisierung-illegale Migration-Armutsbekämpfung*. Karlsruhe, Kap. 3.3.2.5.+3.3.3.5.

³ 335.243 (Deutsche ohne Migrationshintergrund) 75.646 (Deutsche mit Migrationshintergrund (Aussiedler!!!), 29.011 (EU Ausländer), 56.077 (nicht-EU Ausländer) 495.977 (Gesamtbevölkerung). Quelle: Statistisches Informationssystem Nürnberg, Datenstand 31.12.2009, http://www.archiv.statistik.nuernberg.de/scripts/iass/IA.exe?aw=X_05_bv_Ta

Ich hatte den Eindruck, dass die Menschen recht gut ohne die ausdrücklichen Angebote für 'Illegale', etwa die medizinische Flüchtlingshilfe, auskommen.

Ein Mangel ist aber hier wie andernorts auch, dass viele behandelnde Ärzte auf ihren Kosten sitzen bleiben. Röntgen- und Laboruntersuchungen oder Medikamente werden irgendwie mit zu den eigenen Unkosten genommen, auch kommt es zu Mogeleien im Hinblick auf die Abrechnung bei den Kassen. Sicher, es gibt einen Fonds in Nürnberg für Medikamente, aber den einen ist zu umständlich, dort Geld zu beantragen, andere scheuen zurück, dadurch zugeben zu müssen, dass sie mit 'Illegalen' zu tun haben.

Neben Ärzten tragen Freunde, Verwandte und Bekannte hohe Kosten, um die Kranken zu unterstützen. Falls dann aber ein 'Illegaler' die Kosten an eben jene Freunde, Verwandte und Bekannte zurückzahlen muss, ist hier eine weitere Falltür zur Verschuldungsfalle.

Generell ist für mich während meiner Gespräche überraschend gewesen, dass trotz vorhandener Info-Flyer der **Bayerischen Ärztekammer** viele immer noch nicht wissen, dass ärztliche Hilfe (im Übrigen auch die Hilfe des Schulleiters) ausdrücklich nicht mehr unter den Straftatbestand der Beihilfe fallen. Im Gegenteil: Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz vom 18.9.2009 besagen, dass Personen, die im Rahmen ihrer berufs- /und ehrenamtsspezifischen Aufgaben 'Illegalen' helfen, vom Beihilfetatbestand ausgenommen sind.⁴

Hier herrscht also noch ein großes Informationsdefizit, das hoffentlich durch einen neuen Flyer der **Bundesärztekammer** behoben wird.⁵

Manchmal glaube ich aber auch: Man will diese Verbesserungen einfach nicht wirklich glauben, weil es so viele Jahre in Deutschland anders war, oder dass man vielleicht dem Gesetzgeber glaubt, nicht aber den Behörden und Beamten vor Ort, die mit der Umsetzung und Durchführung der Gesetze betraut sind.

Krankenhausbehandlung

Bei der Krankenhausbehandlung gilt es zu unterscheiden zwischen einer Notfallbehandlung (Unfall, Vergiftung, Drogenproblem) und einer geplanten Behandlung, d.h. ein langsames Krankwerden mit der absehbaren Notwendigkeit einer Behandlung. Letztere sind überall in Deutschland eher selten. Eher versucht man in einer solchen Situation ins Herkunftsland zu kommen, vor allem, wenn man aus Ländern relativ nahe zur EU komm. Entsprechend konnte ich für Nürnberg lediglich einen einzigen eindeutigen Fall recherchieren, wo ein AIDS-

⁴ Vor Nr. 95.1.4.: "Handlungen von Personen, die im Rahmen ihres Berufes oder ihres sozial anerkannten Ehrenamtes tätig werden (insbesondere Apotheker, Ärzte, Hebammen, Angehörige von Pflegeberufen, Psychiater, Seelsorger, Lehrer, Sozialarbeiter, Richter oder Rechtsanwälte), werden regelmäßig keine Beteiligung leisten, soweit die Handlungen sich objektiv auf die Erfüllung ihrer rechtlich festgelegten bzw. anerkannten berufs- /ehrenamtsspezifischen Pflichten beschränken. Zum Rahmen dieser Aufgaben kann auch die soziale Betreuung und Beratung aus humanitären Gründen gehören, mit dem Ziel Hilfen zu einem menschenwürdigen Leben und somit zur Milderung von Not und Hilflosigkeit der betroffenen Ausländer zu leisten."

⁵ "Patientinnen und Patienten ohne legalen Aufenthaltsstatus in Krankenhaus und Praxis". Aktualitätsstand September 2010

Kranker aus Angst vor Statusenttarnung seine Behandlung so lange verschleppte bis es sprichwörtlich zu spät war und er kurz nach der Einlieferung verstarb.

Kritischer und häufiger sind Notfallbehandlungen. Hier wird der Patient eingeliefert und natürlich zunächst einmal behandelt. Eine Chipkarte haben in solchen Fällen ohnehin die wenigsten dabei – auch bei Deutschen werden Versicherungsfragen in aller Regel zu einem späteren Zeitpunkt von Angehörigen und Freunden mit der Verwaltung geregelt. Wo es solche sozialen Kontakte nicht gibt, wird der Patient, sobald er ansprechbar ist und, bei mangelhaften Sprachkenntnissen, ein entsprechender Dolmetscher verfügbar ist, dann nach Namen, Adresse, Geburtsdatum und Versicherungskärtchen gefragt, wo es natürlich dazu kommt, dass fiktive Namen, Adressen und Versicherungsträger benannt werden. Bis solche Daten nachgeprüft sind kann es sein, dass der Patient schon entlassen ist. Versucht das Krankenhaus dann eine Rechnungsstellung an die angegebene Adresse kommt diese in aller Regel mit "Empfänger unbekannt" oder "Unbekannt verzogen" zurück. Andere Patienten, wohl wissend, was ihnen droht, fliehen gegen ärztlichen Rat aus dem Krankenhaus. In Einzelfällen kommt vor, dass eine kleinere ambulante Behandlung von Ärzten durchgeführt werden, ohne dass eine Meldung an die Krankenhausverwaltung gemacht wird. Ärzte und medizinisches Personal stehen in diesem Fall auf dem Standpunkt, dass die Hilfe Vorrang vor einer Meldung hat.

Zufriedenheit herrscht in Nürnberg angesichts der Regelung, dass Frauen während der Schwangerschaft und nachher eine Duldung bekommen können, womit auch das Problem der Meldepflicht des Neugeborenen an das Standesamt/Einwohneramt gelöst ist. Allerdings scheint diese Regelung nicht allzu oft in Anspruch genommen zu werden.

Ausmaß des Problems

Im Prinzip sind Krankenbehandlungen von 'Illegalen' durch § 1 Nr. 5 AsylbLG abgedeckt⁶. Aber es besteht in Nürnberg große Unsicherheit über das Ausmaß des Problems. So wird etwa im Kontext der von der Stadt Nürnberg eingerichteten AG "Menschen ohne Krankenversicherung" offen diskutiert, wer denn nun eigentlich in diese Kategorie fällt und es ist allen klar, dass in den allermeisten Fällen Kontaktpersonen feststellen können, wer legal, scheinlegal oder illegal ist und entsprechend, welche Behandlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten es gibt. Es ist anzunehmen, dass unter den 'ungeklärten Kostenfällen' der Krankenhäuser sich eine Reihe von illegalen oder scheinlegalen Migranten verbergen, wengleich die Krankenhäuser nicht in der Lage sind, diese Frage zu klären und diese Zahl auch nichts aussagt über die Größe der 'Illegalenpopulation' insgesamt. Wiederholt wurde der Wunsch nach einer Art Studie in diesem Bereich geäußert, in deren Rahmen mit anonymisierten Fällen etwas mehr Licht ins Dunkel dieser Personengruppe gebracht werden könnte.

⁶ "Leistungsberechtigt...sind, die sich tatsächlich im Bundesgebiet aufhalten und die vollziehbar ausreisepflichtig sind"

Sodann muss bedacht werden, dass durch das AsylbLG in aller Regel nur akute Erkrankungen und Schmerzzustände abgedeckt werden, deren Behandlung ist.⁷ Hier kommt es zwischen behandelnden Personen und Institutionen und Kostenträgern allzu oft zu einem großen Gefehlsche, ob die erbrachte Behandlung auch wirklich unabweisbar, unaufschiebbar und alternativlos nötig war – auch dieser Auseinandersetzung entziehen sich viele lieber als dass sie versuchen, eine Kostenerstattung durchzubekommen. Nicht abgedeckt werden im Fall unserer Personengruppe die Kosten von chronisch Kranken, Allergikern oder psychotherapeutische Behandlungen, z.B. von Flüchtlingen oder anderweitig traumatisierten Personen.

Schulbesuch

In Bayern herrscht zunächst Schulpflicht folgend Artikel 35 S.2 Nr. 4 Bay. Erziehungs- und Unterrichtsgesetz. Zum Stand vom 27.4.2010 (das ist das aktuellste Dokument, das ich fand) gelten in Bayern Übermittlungspflichten nach § 87 AufenthG, ebenso gilt, dass bei der Schulanmeldung eine Meldebescheinigung vorgelegt werden muss.⁸

Anders als im medizinischen Bereich habe ich in Nürnberg niemanden gefunden, der mit mir offen zum Thema sprechen wollte bzw. konnte. Angeblich gibt es überhaupt keine 'illegalen' Kinder und Jugendliche. Das kann ich mir allerdings beim besten Willen nicht vorstellen, auch wenn ich gerne zugeben möchte, dass die Zahl deutlich geringer sein dürfte als in München, Frankfurt, Köln/Bonn und Berlin. Das hängt, ähnlich wie in Leipzig, mit den Beschäftigungsmöglichkeiten in Nürnberg zusammen, etwa, dass wegen der vergleichsweise ärmeren Bevölkerung Nürnbergs und dem doch eher starken postindustriellen Gepräge der Stadt weniger Frauen in Privathaushalten Arbeit finden. Und doch...

Ich habe von Gesprächspartnern zwei Erklärungen für diese völlige "Fehlanzeige" erhalten, die ich ohne Wertung jetzt einfach nur referieren möchte:

1. Engagierte Lehrer und Schulleiter in Nürnberg scheuen sich vor dem Spiel mit offenen Karten, weil viele übergeordnete Behörden immer noch mit klassischen CSUern durchsetzt sind und man eben nicht weiß, wie das eigene Tun wahrgenommen würde und welche Konsequenzen, bis hin zu einer Strafversetzung, daraus erfolgen würden. Also hält man erstmal dicht und hofft, dass nichts passiert.
2. Zum zweiten scheint mir in dem Fall, dass Papiere geprüft werden, hier eine Folge des Trends hin zu gefälschten Papieren oder echten Papieren auf fiktive Identitäten feststellbar. Ebenso gehört hierher die Praxis, einen scheinbar legalen Status über Scheinheiraten und Kontraktheiraten zu erlangen oder einen einwohnermelderechtlichen Eintrag/ ein Bleiberecht über die Kindsvaterschafts-Anerkennung durch einen Deutschen zu erreichen. Und welcher Schulleiter würde Kinder, deren Papiere und Meldebescheinigungen offensichtlich in Ordnung sind, nicht aufnehmen? Dass die vorgeschilderten Praktiken hinhalten mag ungewöhnlich

⁷ "Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren."

⁸ Text: <http://www.juraforum.de/gesetze/aufenthg/87-uebermittlungen-an-auslaenderbehoerden>

klingen, ist es aber nicht. Bereits während meiner früheren Feldstudien kamen mir Personen mit fiktiven Identitäten unter, die sich erst als Problem herausstellten, als es um eine Eheschließung ging und die hierfür erforderlichen Unterlagen nicht beigebracht werden konnten. Eine akute Problemanzeige gibt es aber auch jetzt schon durchaus, dass nämlich Kinder unter ihren fiktiven Identitäten sehr leiden, weil sie etwas vortäuschen und leben müssen, was nicht sie sind. Psychische Probleme bis hin zur Schizophrenie drohen. Gesprächspartner berichteten mir eindringlich von der Not Heranwachsender, die aus diesen Gründen eine Therapie bräuchten, diese aber aus Kostengründen bzw. Angst vor Statusenttarnung nicht erhalten.

Schutz vor Ausbeutung

Das dritte soziale Recht, um das es mir immer gegangen ist, wollte ich eigentlich aus dem heutigen Abend heraushalten, möchte es aber notgedrungen doch ansprechen: Recht auf fairen Lohn und Schutz vor Ausbeutung. Dabei geht es mir nicht um das weit verbreitete Problem, dass 'Illegalen' nicht immer der vereinbarte Lohn für geleistete Arbeit gezahlt wird – das ist schlimm genug. Es geht um Schlimmeres.

Die Verschärfungen für jene, die trotz aller Abwehrmaßnahmen nach Europa kommen wollen, erhöht die Abhängigkeit der Menschen von kriminellen und kommerziellen Reisedienstleistern, die hier tätig sind. Migrant gehen dabei oft Geschäftsbeziehungen mit solchen Dienstleistern ein, ohne die Implikationen zu erkennen und zu verstehen. Wer aber ein Darlehen von mehreren zehntausend Dollar bei zweistelligen Zinssätzen annimmt, ist schnell in faktischen Abhängigkeitsverhältnissen, auch wenn sie sich im kommerziellen Bereich durch Rückzahlungen prinzipiell wieder freikaufen können – was in Menschenhandelssituationen von vornherein nicht möglich ist.

Hier ist die Situation von Migranten aussichtslos, denn an wen sollten sie sich wenden? Sie riskieren neben persönlicher Bedrohung auch die Bedrohung von Familienangehörigen zu Hause. Sie trauen niemandem. Ihre Papiere sind, wenn es überhaupt welche gibt, in den Händen ihres Schleusers oder 'Ehemanns'. Ihre Sprachkenntnisse sind mangelhaft, sie leben isoliert und haben nur wenig Kontakt nach außen.

Die deutsche Polizei handelt nach dem 'Legalitätsprinzip', wie mir auch im Vorfeld dieser Veranstaltung wieder schriftlich bestätigt wurde. Und das muss sie nach deutschem Recht auch.

Jeder aber, der den Stuttgarter "Tatort" am 14.11. gesehen hat, bei dem es am Rande auch um 'Gesellschaftsdamen' und Prostitution ging, konnte sehen, dass Polizisten durchaus den Konflikt haben zwischen aufenthaltsrechtlichen Vergehen und der Notlage von 'Illegalen' einerseits, und der Aufklärung und Bekämpfung schwerer Verbrechen andererseits. Ich kenne viele dieser sehr gewissenhaften Beamten und bin dankbar für jeden von ihnen.

Aber: Opfer und Polizisten ist erst geholfen, wenn es in Deutschland zu ähnlichen Rechtslagen käme wie in den USA, wo die Polizei in den allermeisten Staaten sich nicht mit der Ermittlung des Aufenthaltsstatus aufhält, sondern sich um die Aufklärung wirklich schwerer Straftaten kümmert. Dabei tut sie alles, um das Vertrauen zu den Migranten zu

gewinnen und dadurch ihre Kooperation bei der Aufklärung und Bekämpfung schwerer Verbrechen. Das war schon einmal der Fall und wäre wieder möglich. Man müsste lediglich den heutigen Straftatbestand des unerlaubten Aufenthalts per Gesetzesänderung wieder zur Ordnungswidrigkeit herabstufen, was bis 1990 im AuslG der Fall war.⁹

Schluss

Soviel zu den Ergebnissen meiner Mini-Recherche. Und nun zu der Frage, die leider immer wieder die meisten interessiert: Wieviele sind's denn nun? Deutschlandweit geht man aktuell von ca. 500 000 Menschen aus¹⁰. Für Nürnberg kann ich's nicht mit gutem Gewissen sagen, auch meine Gesprächspartner wagen keine Schätzungen. Einige tausend sicher. Aber nochmals: Ich mag diese Zahlenspiele nicht, denn jeder 'Illegale' ist einer zuviel.

Höre ich in Nürnberg vom Aserbaidshaner, der vom Baugerüst fällt und sich schwarz behandeln lassen muss. Vom Kindersoldaten, der vor Elend flieht nur um hier wieder in der Prostitution zu landen. Vom Sudanesen, der von Kämpfern der gegnerischen Partei das Schlüsselbein zertrümmert bekam und zeitlebens damit laborieren muss weil er nicht korrekt operiert werden kann – dann interessieren mich die Zahlen nicht mehr sondern nur noch die Frage, wie man dem Menschen, der vor mir steht, helfen kann.

Vielen Dank für Ihr Kommen und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

⁹ Vgl. Alt 2009, a.a.O., 219- 222

¹⁰ So zuletzt bei Anne Will am 14.11.2010